

R e s o l u t i o n

des Rates der Stadt Bergkamen zum Thema „Fracking“

Der Rat der Stadt Bergkamen unterstützt die kommunalen Spitzenverbände ausdrücklich darin, sich auf Bundesebene für eine Änderung des Bundesberggesetzes und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben im Hinblick auf die Erkundung und Gewinnung von unkonventionellen Erdgasvorkommen (sogen. „Fracking“) einzusetzen. Die Stadt Bergkamen spricht sich außerdem für eine Novellierung des Bergrechtes mit dem Ziel einer frühzeitigen und umfassenden Beteiligung der Städte und Gemeinden sowie der Öffentlichkeit aus. Ebenso sind Umweltgesichtspunkte künftig stärker zu berücksichtigen.

Die Stadt Bergkamen fordert, dass bei Erdgasbohrungen dem Schutz von Gewässern und Böden höchste Priorität zukommt. Es muss ausgeschlossen werden, dass Grundwasservorkommen Schaden nehmen können und hierdurch aus eine kommunale Trinkwasserversorgung gefährdet wird. Ebenso darf die bauliche und landwirtschaftliche Nutzung durch etwaige Folgeschäden nicht beeinträchtigt werden. All dies ist mit der Fracking-Technologie nach allen bisherigen Erkenntnissen und Erfahrungen nicht vereinbar.

Da auch für einen kleinen Teil des Gebietes der Stadt Bergkamen Aufsuchungsgenehmigungen für Frack-Bohrungen bereits erteilt sind, hat sich der Rat der Stadt Bergkamen entschlossen, sich rechtzeitig gegen diese Methode der Energiegewinnung auszusprechen, da sie mit erheblichen Risiken für die Bevölkerung, unkalkulierbar erscheinenden ökologischen Gefahren und einer beschleunigten Klimazerstörung verbunden ist. Sie steht einer Energiewende direkt entgegen.

Der Rat der Stadt Bergkamen lehnt Gasförderung durch Fracking ab und wird öffentliche Flächen für diese Technologie nicht zur Verfügung stellen. Privaten Grundbesitzern wird empfohlen, dies ebenfalls nicht zu tun.

Der Rat der Stadt Bergkamen möchte die Landesregierung darin bestärken, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Gas-Fracking in NRW zu verhindern und zu verbieten.